



**Tageszeitung der KPD / Section der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen**  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich drei Hefte 2 RM (halbjährlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Briefportoabgabe) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H. Dresden-Alt / Reichsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: 17250 / Politischrecht: Dresden Alt. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: Alm Dresden Alt. 17250 / Druckerei: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (nicht Dienstag u. Donnerstag)

Umsatzpreis: Die neunmal geballte Sonntagszeitung oder deren Raum 0,35 RM., für Sammlerangebote 0,20 RM. für die Reformagazin anhängend an den heftähnlichen Teil einer Zeitschrift 1,00 RM. Ausgaben-Umfrage wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Hafen befindet sich eine Filiale der Zeitung oder auf Auslieferung des Bezugspreises

4. Jahrang

Dresden, Freitag den 30. März 1928

Nummer 77

# Blutiger Überfall auf KPD-Abgeordnete

Schlägerei im Reichstag / Die Sozialdemokraten wollen ihre Amnestiehande mit den Fäusten verteidigen / Die Schuld soll den Kommunisten zugeschoben werden / Verlegung des Reichstags auf Freitag / Beginn des Zentralprozesses am 9. Mai

## Genosse Berg blutig geschlagen

Berlin, 30. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern hat man im Reichstag in den Abendstunden Szenen erlebt, die die ganze Schwere der SPD-Güte offenbarten. Wie Verrücktheiten traten die Anhänger des Genossen Höltje in die sozialdemokratischen Hölle der Klassenjustiz. Als Genosse Höltje anfing, daß die Kommunisten Antrag auf nationale Abstimmung stellen würden und vor den Arbeiternmosen jeden einzelnen SPD-Abgeordneten, der gegen die Amnestie stimmt, in der Amnestie-Norm anprangern werden, taunte die Wut der Arbeiterverurteile keine Grenzen mehr. Als den Amnestieverurteilen alle politischen Argumente aus der Hand geschlagen waren, griffen sie zu brutalen Banditenmethoden. Mit Waffenbläsien ließen sie die kommunistischen Abgeordneten ein. Heimlich, von höher liegenden Plätzen aus, fuhren sie über die Rücken der proletarischen politischen Gefangenen her. Während der Rede des Abgeordneten Höltje, die vom ganzen Hause mit großer Anteilnahme angehört wurde, gesellte sich besonders Erbsippe durch zahlreiche proletarische Zugrufen. Während der Rede des Sozialdemokraten Vandsberg wurde Künstler proletarische Zurschaustellung zu den Kommunisten, um schließlich dem Genossen Höltje mit gezielter Faust zu zusetzen: "Kommt der Vorsitzende noch einmal aus die Tribune!" Daß Höltje antwortete, hieß Künstler mit Fausten auf ihn. Sofort sprangen andere kommunistische Abgeordnete dazwischen, um den Angriff des Künstlers, Stomk und anderen SPD-Abgeordneten zurückzuhalten. Es entstand ein handgemenge. Die Sozialdemokraten schlugen nicht nur mit Fäusten zu, denn Genosse Berg erhielt Verletzungen, die nur von harten Schlaginstrumenten und Schmerzgläsern erstanden hätten können. Höltje rief noch vor, natürlich konnten die Kommunisten nicht ruhig zusehen, wie ihre Kämpfer verprügelt wurden. Die SPD hatte von vornherein die Absicht, zu prosopieren und hatte während der Rede Vandsbergs ihre schlagkräftigen Leute nach unten geschickt. Das bestätigte auch Meier, dem Genossen Höltje gegenüber. Der Vizepräsident unterbrach die Schlägerei und stellte dann fest, daß Höltje die Tumultszene verursacht habe. Er forderte Höltje auf, den Saal zu verlassen. Höltje kam dieser Auflösung nicht nach. Der Vizepräsident vertrug die Schlägerei nochmals und berief den Rechtmäßigkeitsrat ein. Der Ausdruck heißtlich, Höltje als Urheber auszuzeichnen. Das war eine ehrbare Prozedere. Zuerst hatte Künstler geschlagen. Das gab jedoch Freiheit zu, der in einer Auseinandersetzung erklärte, Künstler habe nicht mit Fausten drohen dürfen.

Genosse Höltje jüngte sich selbstverständlich nicht der Auflösung, das Haus zu verlassen. Wie wenig der Präsident und die Sozialdemokraten von der "Schule" des Genossen Höltje überzeugt waren, zeigte sich dann darin, daß man nicht

wagte, den Genossen Höltje mit der sonst üblichen Maßnahme, der Polizei, aus dem Hause entführen zu lassen. Der Präsident erklärte, daß Höltje den Saal nicht verlassen habe, könne in der Beratung nicht fortgeführt werden. Die Sitzung wurde dann vertagt.

Zunächst die Morgenpost über den Skandal berichtet, verlief sie natürlich nach alter Weise, die Schuld auf die Kommunisten abzuschreiben. Der Dresdner Anzeiger schreibt, daß, als Vandalen gejagt habe, die Kommunisten haben die SPD angefeindet, Genosse Höltje auf die Sozialdemokraten losgegangen und viele mit Fäusten bearbeitet habe. Gleichzeitig mag der Anzeiger aber erklären, daß die SPD-Abgeordneten den Genossen Berg blutig geschlagen haben. Der Anzeiger schreibt, ein SPD-Abgeordneter habe Berg mit dem Spindel in die Knie gelegt über den Kopf geschlagen, daß der Spindel in Scherben ging. Aber auch der Anzeiger ist von seiner Behauptung, die Kommunisten seien die Angreifer, nicht recht überzeugt. Er protestiert zwar dagegen, daß man nicht die Polizei holt, um Höltje auszuführen, erklärt aber dann:

"Offensichtlich wollten die Sozialdemokraten, denen die Wunden des Genossen Berg im Wahlkampf schwer eingegangen Schmerzen bereiten werden, nicht noch einen politischen Gewaltakt gegen die Kommunisten risikieren..."

Um aller Mühe, die Schuld auf die Kommunisten abzufallen, entbehrt hier der Anzeiger die Ansicht. Es handelt sich um einen Gewaltakt der Sozialdemokraten.

Die gesamte Arbeiterschaft wird von diesem unerhörten brutalen Vorgehen der Sozialdemokraten mit Entzürfung Kenntnis

nehmen. Die Sozialdemokraten verhindern die Freilassung der politischen Gefangenen des Proletariats. Sie verhindern sie aus Wahlgründen. Sie wollen die kommunistischen Abgeordneten im Reben, an der Beteiligung während der Wahl verhindern. Deswegen sollen 500 proletarische Gefangene in den Zuchthäusern und Gefängnissen festgehalten werden. Als Genosse Höltje die sozialdemokratische Verhältnisse brandmarkt, schlagen die Sozialdemokratischen Abgeordneten die Vorkämpfer für die Befreiung der proletarischen Klassenkämpfer blutig.

Die Sozialdemokraten, die in Polen Villardis Terror bewußt unterstützen, zeigen, daß sie auch in Deutschland zur Unterdrückung der Klassenkampf faschistische Methoden in Anwendung bringen. Der blutige Überfall der sozialdemokratischen Abgeordneten zeigt, welche Methoden diese Vakare und Hölle der Kapitalisten bei sich weiter zu prüfenden Klassengegnern anwenden werden. Die Sozialdemokraten zeigen sich als die Vorkämpfer des Faschismus.

Um die proletarischen Gefangenen nicht freizulassen, vollführten sie den Angriff auf die Kommunisten. Die Arbeiter werden diesen Gesellen die Antwort nicht schuldig bleiben.

## Der Schrei nach Polizei

Gewalttäterschaft im Reichstag

Berlin, 30. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die ganze bürgerliche Presse einschließlich des Vorwärts bewirkt die Vorgänge im Reichstag zu einer milden Konsensstimmung. Die Berliner Börsenzeitung fordert, daß der Reichstagspräsident die Möglichkeit bekommt, Polizei in den Sitzungssälen des Reichstages zu kommandieren, wie es bereits in Preußen möglich sei.

Der Angriff der Sozialdemokraten wird von den Bürgerlichen aufgewirkt, um im Reichstag faschistische Methoden einzuführen. Die Polizei soll immer beteiligt sein, um oppositionelle Abgeordnete, möglichst wie in Polen, gefesselt aus dem Saal zu bringen.

## Ein neuer Raubzug der Dorpmüller-AG

Tarif erhöhung der Reichsbahn / 250 Millionen neue Lasten für die Arbeiter

Berlin, 30. März. (Eig. Drahtbericht.)

Der Verwaltungsrat der Damess-Eisenbahn hat in seiner Sitzung vom 26. bis 28. März beschlossen, bei der Reichsbahngesellschaft eine Tarif erhöhung für die Reichsbahngesellschaft zu beantragen. Der Verwaltungsrat erwartet von dieser Tarif erhöhung, die ungefähr (?) 5 Prozent betragen soll, 25 Millionen Mark Mehreraufnahmen pro Jahr. Von der geplanten Erhöhung sollen zwei Drittel auf den Güterverkehr und ein Drittel auf den Personenzugverkehr gesplungen werden.

Unterstellt ist, daß die Reichsbahnverwaltung noch nicht einmal weiß, die geforderte Tarifhöhe mit der sonst üblichen

Ausrede zu begründen, daß die Tarif erhöhung auf Grund der Erhöhung der Eisenbahngebühren erfolgen müsse. Im Gegenteil, es wird ausdrücklich erklärt, daß diese Lohn erhöhung nur leicht 5 Millionen Mark ausmache (nebenbei ein Eingeschäftszeit, mit was für einer Hungerschroffung man die Eisenbahner "bestrafte" hat) und nicht von Einfluß auf die "notwendige" Tarif erhöhung sei. Auch die Verkehrsentswicklung, die sich nach wie vor günstig gestaltet, trage an der Tarif erhöhung nicht die Schulde.

Es leidet aber neben der Summe von 110 Millionen Mark für Reparationszahlungen, die durch die Reichsbahn aufzubringen seien, umfangreiche Neuverungen und Verbesserungen der technischen Anlagen der Reichsbahn notwendig, die so große Mehrausgaben notwendig machen, daß eine Tarif erhöhung unbedingt notwendig sei.

Die Arbeiterschaft muß sich einmütig gegen eine neue Tarif erhöhung bei der Reichsbahn wenden. Sie wird diese Tarif erhöhung nicht nur in der Form gezeigt, sondern die Tarif erhöhung, die zu zweidrittel auf die Gütertarife gesplungen werden soll, wird sich noch viel trauriger auswirken in der Preis erhöhung der täglichen Bedarfsoptik der Arbeiterschaft, da die Unternehmer nicht verhindern werden, auf Grund der Tarif erhöhung die Preise für alle Waren "entsprechend" zu erhöhen.

## Schießende Stahlhelmbanditen

Öbau. Auf der Johanniskirche überfiel ein Trupp Stahlhelmer, der in der Mehrzahl aus bei der Stahlhelmfabrik Beschäftigten bestand, unter Führung des Werkmeisters Engelmann über dessen eigenen ihm verhafteten Bruder mit dem Ruf: "Schlagt den Gottverdammten Lump toll". Angeblich soll der Uebertanzende den Stahlhelmern "Heil Bloßk!" angerufen haben. Der im Stadtguß beschäftigte Verwalter Martin, der sich unter der Rolle befand, schwang einen einzelnen Wehrlosen in einen Revolver ab. Als dann die Polizei einging, minzelten die Helden um Gnade und verlegten sich aufs Betteln.

Wie lange wollen sich die Arbeiter in der Römerischen Fabrik vom Stahlhelm treiben lassen? Wie lange wollen sie sich von gewissenlosen schwarz-weig-roten Bandenlaedchen zu Pezzellen gegen ihre eigenen Arbeitsbrüder aufheben lassen? Wie lange duldet die Römerische Arbeiterschaft noch das Treiben der Stahlhelmbanditen?

## Beginn des Zentralprozesses

Eine unerhörte Provokation / Verhandlung am 9. Mai / Die Klassenjustiz hand in hand mit der SPD

Berlin, 30. März. (Eig. Drahtbericht.)

Der 4. Strafgerichts des Reichsgerichts hat den Prozeß gegen die früheren Zeitschriften der KPD auf den 9. Mai angelegt. Die Verfolgungen für Genossen Stöcker, Rossmann, Klemme, Pfeiffer, Höltje und Hegerl wurden zugestellt. Der Reichstag hat seine Zustimmung zur Verhaftung der Genossen nach Schluß der Session erteilt. Die Rote Fahne schreibt dazu, daß die Festlegung des Zentralprozesses nach über-einstimmender Meinung der gesamten Gesellschaft eine mahnende Justizprovokation darstellt, und daß nachdem der Verteidiger das Amnestiegebot zum Scheitern brachte, der Verteidiger hat gestern bereits versucht, seine Verteidigung auf die Tatsache der Amnestieabsage vorzubereiten. Die Klassenjustiz arbeitet mit der SPD-Reichstagsfraktion hand in hand.

Die Festlegung des Zentralprozesses ist eine der unerhörtesten Provokationen, die die Klassenjustiz gegen die Arbeiter vornimmt. Die Festlegung des Prozesses während der Wahl zeigt aber auch deutlich den Stand, den die SPD mit der Ablehnung der Amnestie verfolgt. Die SPD will den Prozeß für die Wahl ausnutzen. Das Spiegelmaterial soll Wahlmaterial für die SPD und die bürgerlichen Parteien werden. Mit der Festlegung des Prozesses wird die ganze Gemeinde und Demokratie der SPD

entblößt. Klassenjustiz und SPD zeigen sich als gemeinsame Verbündete gegen das revolutionäre Proletariat. Um die kommunistischen Abgeordneten vom Wahlkampf fernzuhalten, um den Prozeß zu Wahlzwecken auszunutzen, lassen die Schurken von der SPD-Faktion die proletarischen Gefangenen weiter in den Gefängnissen schwimmen, und sie versuchen, die kommunistischen Führer zu verleumden.

Jetzt wird für jeden Arbeiter der Zweck der sozialdemokratischen Haltung klar. Häß gegen die Kommunisten, der Häß der Verzärt und Rentgen ist der treibende Faktor, der die Sozialdemokraten veranlaßt, die Schambaltung einzunehmen. Gestern entließ sich dieser Häß im Reichstag darin, daß die SPD-Abgeordnete mit harten Gegenhänden den Genossen Berg blutig schlugen. Die Häß und Reiter der Bourgeoisie gelgen sich als wütende Henter und Banditen gegen die revolutionären Klassen-

kämpfer. Jetzt ist nicht verschämt Kampf um die Amnestie, häßlicher Kampf gegen die Häß der Klassenjustiz. Schon der Wahlkampf muß eine gewaltige Abrechnung mit den sozialdemokratischen Rädtern des Kapitals werden.

Protektiert gegen den Schandprozeß zieht ab mit den sozialdemokratischen Häßern der Klassenjustiz!